

CO Daniela GMEINBAUER

20. September 2018

**A N T R A G**  
**zur**  
**Dringlichen Behandlung**

unterstützt durch die im Gemeinderat vertretenen

Klubs von FPÖ, .....

Betreff: Herausforderung Bildung im urbanen Raum

Der starke Zuzug in den letzten drei Jahren hat insbesondere die ohnehin schon am meisten geforderten Ballungszentren an die Grenze der Leistungsfähigkeit im Bereich Integration gebracht. Es braucht daher eine Kehrtwende in der Migrationspolitik. Zuerst ist hier eine restriktive Zuwanderung, die auf ein Mindestmaß reduziert wird, Gebot der Stunde. Ziel muss es sein, jene Bevölkerungsgruppen zu integrieren, die schon hier sind bzw. langfristig im Land bleiben werden.

Neben der Sozial- oder Wohnungspolitik sieht man die Auswirkungen am stärksten im Bildungsbereich, der trotz vieler Maßnahmen der Städte und Gemeinden vor großen Herausforderungen steht. Die Stadt Graz versucht seit Jahren mit einer aktiven Bildungspolitik gegenzusteuern. Projekte wie Malala waren dafür verantwortlich, dass ein strukturierter und begleiteter Schuleintritt möglich war. Gleichzeitig wurden die Ressourcen im Sprachförderungsbereich massiv ausgebaut und den Bildungseinrichtungen noch mehr an Unterstützung (Ausbau Schulsozialarbeit) zur Verfügung gestellt. Inzwischen gibt es neben den Kursen im Kindergarten auch Sprachkurse in den Volksschulen und in der Nachmittagsbetreuung. Zusätzlich wurde mit Unterstützung der Stadt Graz eine Fortbildung an den Universitäten eingerichtet, um islamischen Religionslehrern eine bessere Ausbildung zu ermöglichen. Zahlreiche weitere Initiativen (Anmeldesystem, Stärkenpass, IBOBB Café, u.v.m) aus der Bildungsstrategie sind dem Gemeinderat bekannt und tragen zu einem positiven Bildungsklima bei.

Die Möglichkeiten der Kommunen im Schulbereich sind jedoch begrenzt. Die Ressourcenzuteilung erfolgt über die zuständigen Landesbehörden und auch Verschärfungen im Umgang mit Disziplinlosigkeit oder einer Ablehnung von bestimmten Lernzielen (Stichwort Aufklärung oder Schwimmunterricht) können nur durch entsprechende andere Gebietskörperschaften oder Gesetzesänderungen erreicht werden.

Dennoch versucht die Stadt auch hier zu unterstützen und der zuständige Bildungstadtrat wird jenen Schulen, die nachweislich geringere Kontingente im Bereich der Deutschförderung vom Land Steiermark erhalten haben, Deutschförderkurse über das Integrationsreferat zur Verfügung stellen.

Aus diesem Grund stelle ich im namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

### **D r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

1. Das Land Steiermark wird dazu aufgefordert, Klarheit über die Personalressourcen herzustellen. Ideologische Grabenkämpfe mit dem Bund (Stichwort Deutschförderung) sind abzustellen. Eine bessere Personalausstattung für die Brennpunktschulen ist vorzusehen. Die Deutschförderung an Grazer Schulen ist wie in den letzten Jahren mit jenen personellen Ressourcen auszustatten, die dem Anteil der ao. Schülerinnen und Schüler entspricht.
2. Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird dazu aufgefordert, eine neue Ressourcenzuteilung anzustreben. Sogenannte Brennpunktschulen sind mit größeren Personalressourcen auszustatten. Als Erstmaßnahme sollen jene Mittel, die im Integrationstopf vorhanden waren, auf diese Schulen aufgeteilt werden.
3. Das Land Steiermark wird aufgefordert, die Sprachunterstützung im Kindergarten sofort aufzunehmen. Das Land soll hier dem Beispiel der Stadt Graz folgen und die Unterstützungsleistung vorfinanzieren.
4. Der Bundesgesetzgeber wird aufgefordert, ein verpflichtendes zweites Kindergartenjahr für jene, die es brauchen, einzuführen.
5. Der Bundesgesetzgeber wird dazu aufgefordert, das Religionsunterrichtsgesetz zu ändern. Die pädagogische Aufsicht soll in Zukunft nicht mehr ausschließlich durch die jeweiligen Glaubensgemeinschaften erfolgen, sondern auch durch die Bildungsdirektion. Alle Religionslehrer müssen die Ausbildung an einer tertiären Bildungseinrichtung gemacht haben.
6. Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird dazu aufgefordert, in Graz einen Lehrstuhl für islamische Religionspädagogik einzurichten, um eine entsprechende Ausbildung des pädagogischen Personals zu garantieren.
7. Die steigenden disziplinären Probleme an Schulen sollen aktiv bearbeitet werden: Die Bildungsdirektion wird dazu aufgefordert, einen Maßnahmenkatalog zu erstellen und insbesondere im Sekundarbereich I eine entsprechende Sanktionierung für Kinder und deren Eltern bei Nichtmitwirkung vorzusehen. Die Schaffung von Time Out Klassen für jene Kinder, die dauernd den Unterricht stören, ist anzudenken.
8. Der Strafenkatalog bei unentschuldigtem Fernbleiben vom Unterricht soll vom Bundesgesetzgeber verschärft werden.
9. Der Bundesgesetzgeber wird dazu aufgefordert, rasch ein Kopftuchverbot bis zum 14. Lebensjahr in den Bildungseinrichtungen umzusetzen. Neben den Kindern soll dies auch für das Personal in den Bildungseinrichtungen gelten.
10. Um den urbanen Raum zu entlasten und eine bessere Verteilung von geflüchteten Menschen zu gewährleisten, wird das Land Steiermark dazu aufgefordert, für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte, die ihren Lebensunterhalt allein aus der Mindestsicherung bestreiten, eine Residenzpflicht nach Bezirken einzuführen.